

*Klaus Gründler, Armin Hackenberger, Philipp Heil, Niklas Potrafke
und Fabian Ruthardt*

Wirtschaftliche Entwicklung nach der Bundestagswahl: Wird es darauf ankommen, wer regiert?

IN KÜRZE

Im 36. Ökonomenpanel wurden Ökonomeninnen und Ökonomen vor der Bundestagswahl befragt, wie sich ihrer Meinung nach Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Einkommensungleichheit und CO₂-Emissionen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode unter verschiedenen Koalitionen entwickeln werden. Dabei wurde die Ampel- oder Jamaika-Koalition verhältnismäßig selten als diejenigen Koalitionen genannt, unter denen sich die makroökonomischen Messgrößen besonders prägnant entwickeln werden. Unter einer Koalition aus SPD, Grünen und Linken erwartete die Mehrheit der teilnehmenden Ökonomeninnen und Ökonomen das niedrigste Wachstum und die niedrigste Nettoeinkommensungleichheit.

Wird es für die wirtschaftliche Entwicklung darauf ankommen, welche Koalition in der nächsten Legislaturperiode regiert? Im 36. Ökonomenpanel von ifo und FAZ wurden Professorinnen und Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten vom 10. bis 16. September 2021 befragt, wie sich ihrer Meinung nach Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Einkommensungleichheit und CO₂-Emissionen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode unter verschiedenen Koalitionen entwickeln werden. Zu jeder Messgröße wurde gefragt, unter welcher Koalition zum Ende der nächsten Legislaturperiode der höchste und unter welcher der niedrigste Wert erwartet wird. Teilgenommen haben insgesamt 153 Wirtschaftsprofessorinnen und -professoren.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND ARBEITSLOSIGKEIT

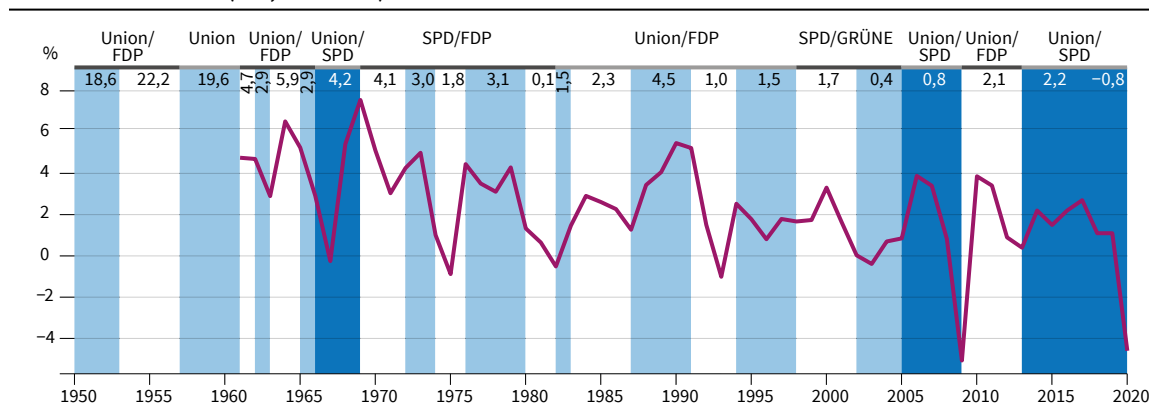
Die politökonomische Forschung liefert Theorien und empirische Evidenz, wie die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen Wirtschaftspolitik und die Realwirtschaft beeinflusst. Die Partisan-Theorien

beschreiben, dass linke und rechte Regierungen unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betreiben (Hibbs 1977; Chappell und Keech 1986; Alesina 1987). Die Begriffe »rechts« und »links« stammen aus der Modelltheorie und beziehen sich auf die parteipolitischen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik (rechts: wenig staatlicher Einfluss in der Wirtschaft; links: viel staatlicher Einfluss in der Wirtschaft).

Linke Regierungen werden expansivere Fiskalpolitik als rechte Regierungen betreiben. In der kurzen Frist sollten dadurch das Wirtschaftswachstum und die Inflation unter linken Regierungen höher und die Arbeitslosigkeit niedriger sein als unter rechten Regierungen, so die Theorie. Empirisch ist umfassend untersucht worden, inwieweit linke und rechte Regierungen unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betreiben und wie sich die Realwirtschaft unter linken und rechten Regierungen entwickelt hat (für Übersichtsartikel siehe beispielsweise Schmidt 1996; Potrafke 2017; 2018). In Industrieländern mit Zweiparteiensystem war das Wirtschaftswachstum zu Beginn der Legislaturperioden unter linken Regierungen höher als unter rechten Regierungen (Potrafke 2012a). Insbesondere in den Vereinigten Staaten lässt sich eine große Differenz in der Wachstumsrate unter Demokratischen und Republikanischen Präsidenten beobachten (z.B. Blinder und Watson 2016; Pastor und Veronesi 2020; Cahan und Potrafke 2021; Fair 2021). Im Zeitraum 1949–2012 beispielsweise war die Wachstumsrate unter Demokratischen Präsidenten um 1,8 Prozentpunkte höher als unter Republikanischen Präsidenten. In Deutschland betrug die jährliche Wachstumsrate im Zeitraum 1961–2020 durchschnittlich 2,1% unter linken und 2,8% unter rechten Regierungen.¹ Unter Großen Koalitionen lag das reale Wachstum des BIP im Durchschnitt bei 1,6% (vgl. Abb. 1). Die Arbeitslosenquote betrug im Zeitraum 1950–2020 5,6% unter linken und 6,4% unter rechten Regierungen. Unter Großen Koalitionen lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei 5,8% (vgl. Abb. 2). Statistisch signifikant waren die Unterschiede in den Wachstumsraten

¹ Unterschiede zwischen linken und rechten Regierungen in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik gab es vornehmlich in den 1970er und 1980er Jahren (Potrafke 2009; 2012b).

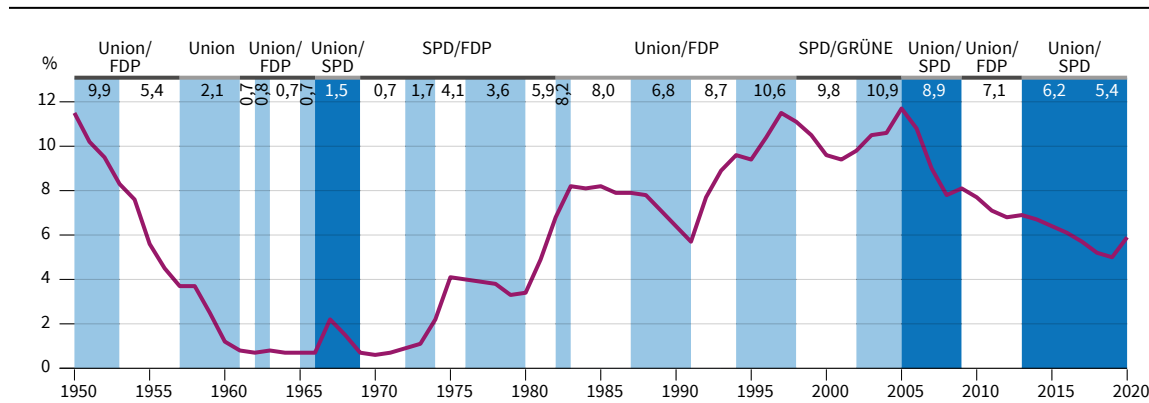
Abb. 1
Wachstumsrate des BIP (real; 1961–2020)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 2
Arbeitslosenquote (1950–2020)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

© ifo Institut

und der Arbeitslosenquote jedoch nicht (aktualisierte Zahlen basierend auf Kauder et al. 2014).²

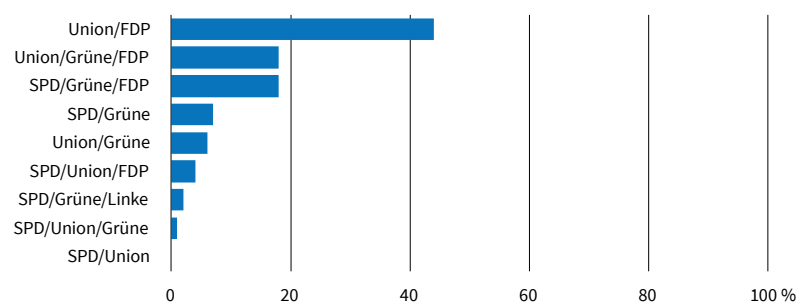
Doch nicht nur realisierte wirtschaftliche Größen werden durch die Politik verschiedener Parteien beeinflusst, auch die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte unterscheiden sich je nach Parteizugehörigkeit der Amtsinhaber. So zeigen empirische Studien, dass die Inflationserwartungen von Haushalten in den USA davon abhängen, ob Demokratische oder Republikanische Präsidenten im Amt sind (Bachmann et al. 2021). Gleichzeitig zeigen Boumans et al. (2021), dass Politiker die Erwartungen von Experten hinsichtlich der künftigen Entwicklung makroökonomischer Variablen beeinflussen. Das 36. Ökonomenpanel befragt deutsche Professorinnen und Professoren hinsichtlich ihrer Erwartungen an die Entwicklungen makroökonomischer Messgrößen unter verschiedenen vor der Wahl möglichen Koalitionen.

² Eine wesentliche Herausforderung zur Überprüfung der Partisan-Theorien ist, Ursache (Regierungswechsel) und Wirkung (andere Wirtschaftspolitik und Veränderung der Realwirtschaft) voneinander zu trennen. Den meisten Studien gelingt das nicht überzeugend; die Studien haben deskriptiven Charakter und erlauben nur Aussagen darüber, ob beispielsweise das Wirtschaftswachstum unter einer linken oder rechten Regierung höher bzw. niedriger war (Korrelation). Dass die parteipolitische Zusammensetzung das Wirtschaftswachstum beeinflusst hat, lässt sich oftmals nicht schlussfolgern (Kausalität).

Die Ergebnisse des Ökonomenpanels zeigen deutlich, von welchen parteipolitischen Zusammensetzungen der künftigen Bundesregierung hohe und niedrige Wachstumsraten bzw. Arbeitslosenquoten erwartet werden. Auf die Frage, unter welcher der möglichen Koalitionen sie am Ende der nächsten Legislaturperiode das höchste Wirtschaftswachstum erwarten, nennen 44% der teilnehmenden Ökonomeninnen und Ökonomen die Koalition aus Union und FDP (Schwarz-Gelb). Dahinter folgen die Koa-

Abb. 3
Höchstes Wirtschaftswachstum

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie das höchste Wirtschaftswachstum (BIP real) in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



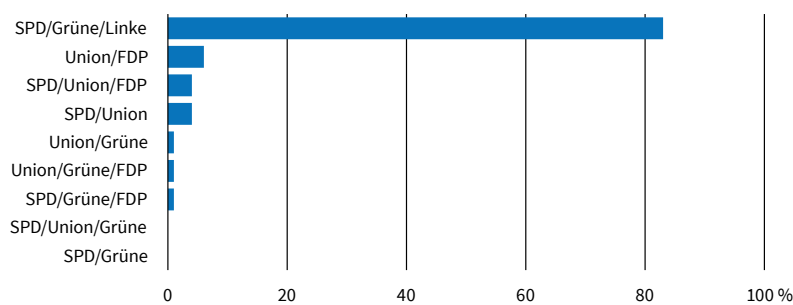
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 4

Niedrigstes Wirtschaftswachstum

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie das niedrigste Wirtschaftswachstum (BIP real) in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



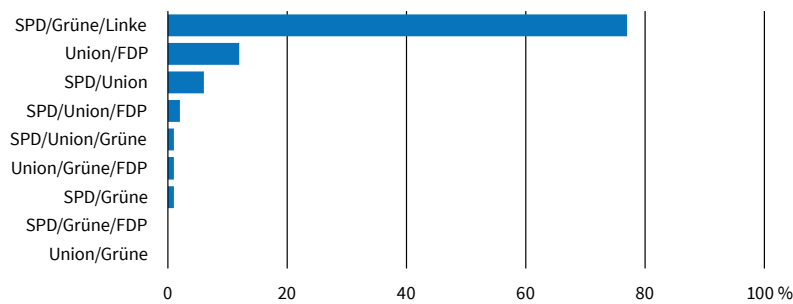
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 5

Höchste Arbeitslosenquote

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die höchste Arbeitslosenquote in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



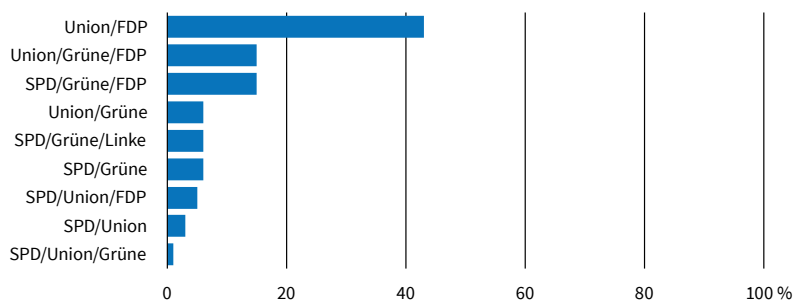
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 6

Niedrigste Arbeitslosenquote

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

litionen aus SPD, Grünen und FDP (Ampel-Koalition) und Union, Grünen und FDP (Jamaika-Koalition) mit jeweils 18% auf Platz 2. Die verbleibenden Ökonominen und Ökonomen nennen SPD und Grüne (Rot-Grün, 7%), Union und Grüne (Schwarz-Grün, 6%), SPD, Union und FDP (Deutschland-Koalition, 4%), SPD, Grüne und Linke (Rot-Grün-Rot, 2%) und SPD, Union und Grüne (Kenia-Koalition, 1%). Die bisherige Koalition aus SPD und Union (Große Koalition) wird nicht genannt.

Bei der umgekehrten Frage, welche Koalition die teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen mit dem geringsten Wirtschaftswachstum zum Ende der nächsten Legislaturperiode verbinden, ist das Meinungsbild deutlich. Mehr als vier Fünftel erwarten unter Rot-Grün-Rot das geringste Wirtschaftswachstum. Mit großem Abstand auf Platz zwei folgt Schwarz-Gelb (6%), dahinter rangieren die Große Koalition und die Deutschland-Koalition (jeweils 4%). Rot-Grün und die Kenia-Koalition werden von den Ökonominen und Ökonomen nicht genannt.

Gut drei Viertel der Teilnehmenden schätzen die Arbeitslosenquote am Ende der nächsten Legislaturperiode unter Rot-Grün-Rot am höchsten ein. Dahinter folgen Schwarz-Gelb auf Platz 2 (12%) und die Große Koalition auf Platz 3 (6%). Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden von weniger als 3% der Ökonominen und Ökonomen genannt.

Erwartungsgemäß zeigt sich bei der umgekehrten Frage nach der Koalition mit der erwarteten niedrigsten Arbeitslosigkeit zum Ende der nächsten Legislaturperiode ein anderes Bild: Gut zwei Fünftel der Ökonominen und Ökonomen erwarten unter Schwarz-Gelb die niedrigste Arbeitslosenquote. Auch die Ampel-Koalition wird von einem Teil der teilnehmenden Professorinnen und Professoren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht, ebenso wie die Jamaika-Koalition (beide 15%). Dahinter folgen mit jeweils 6% Rot-Grün, Rot-Grün-Rot und Schwarz-Grün.

Die Einschätzungen der Ökonominen und Ökonomen sind im Licht der traditionellen Partisan-Theorien überraschend. Folgt man den Theorien, würde man unter einer linken Regierung aufgrund expansiver Staatsausgabenprogramme in der kurzen Frist ein höheres Wirtschaftswachstum und niedrigere Arbeitslosigkeit erwarten als unter einer rechten Regierung. Allerdings könnten höhere Staatsausgaben und Steuern unter linken Regierungen in der längeren Frist mit geringeren Wachstumsraten und höherer Arbeitslosigkeit einhergehen (Bjørnskov 2005; 2008).

STAATVERSCHULDUNG

Die Partisan-Theorien lassen in der kurzen Frist eine höhere Staatsverschuldung unter linken als unter rechten Regierungen vermuten. Schließlich wird von linken Regierungen eine expansivere Fiskalpolitik als von rechten Regierungen erwartet. Die Politik von Ronald Reagan hat jedoch beispielsweise gezeigt, warum es auch unter rechten Regierungen zu einem starken Anstieg der Staatsverschuldung kommen kann: Wenn eine rechte Regierung davon ausgehen kann, dass sie alsbald abgewählt wird, könnte sie die Staatsschulden erhöhen, um der nachfolgenden linken Regierung den finanzpolitischen Handlungsspielraum einzuengen (Persson und Svensson 1989). Rechte Regierungen haben jedoch häufig eine höhere Präferenz für fiskalische Stabilität und begrenzen

daher die die Staatsverschuldung häufig stärker als linke Regierungen, beispielsweise durch Fiskalregeln wie die deutsche Schuldenbremse. Empirische Evidenz darüber, wie die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen die Staatsverschuldung beeinflusst, ist gemischt (z.B. Moessinger 2014).

Im Ökonomenpanel wird mit einer deutlichen Mehrheit von 86% unter Rot-Grün-Rot die höchste Staatsschuldenquote zum Ende der nächsten Legislaturperiode erwartet. Schwarz-Gelb landet mit 8% auf dem zweiten Platz. Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden jeweils von weniger als 3% der Ökonominen und Ökonomen genannt.

Auf die Frage nach der Koalition, unter der die niedrigste Staatsschuldenquote zum Ende der nächsten Legislaturperiode erwartet wird, nennen knapp drei Viertel der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen Schwarz-Gelb. Die Jamaika-Koalition landet mit 9% auf Platz 2, gefolgt von 5% für die Ampel-Koalition. Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden jeweils von 3 oder weniger Prozent der Ökonominen und Ökonomen genannt.

NETTOEINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Von linken Regierungen wird mehr Umverteilung von Einkommen und Vermögen erwartet als unter rechten Regierungen. Das kann beispielsweise durch progressivere Einkommensteuersysteme, Vermögensteuern und Transferleistungen geschehen. Empirische Studien für Industrieländer legen beispielsweise nahe, dass die Einkommensungleichheit unter rechten Regierungen stärker gestiegen ist als unter linken Regierungen (Scheve und Stavvasage 2009; Dorn und Schinke 2018).³

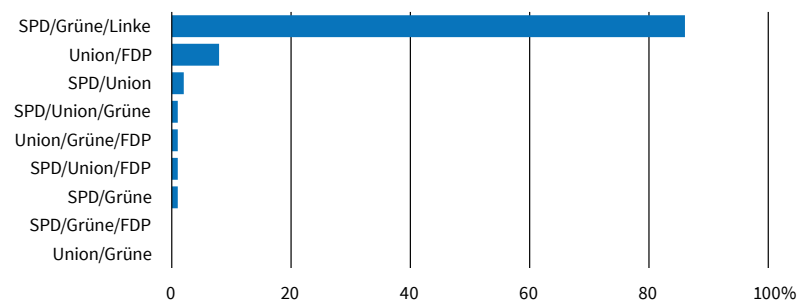
Im Ökonomenpanel erwarten rund 70% der Teilnehmenden unter Schwarz-Gelb die höchste Nettoeinkommensungleichheit zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Ein gutes Zehntel der Teilnehmenden antwortet mit Rot-Grün-Rot. Dahinter folgt die Jamaika-Koalition (6%) und Schwarz-Grün (5%). Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden jeweils von 3 oder weniger Prozent der Ökonominen und Ökonomen genannt.

Eine Mehrheit von 55% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen erwartet unter Rot-Grün-Rot die niedrigste Nettoeinkommensungleichheit zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Dahinter folgen fast gleichauf mit 8% die Ampel-Koalition, mit jeweils 7% Rot-Grün, Schwarz-Gelb und die Große Koalition und mit 6% die Kenia-Koalition. Die Deutschland-Koalition und die Jamaika-Koalition werden von jeweils 4% der Ökonominen und Ökonomen genannt.

Abb. 7

Höchste Staatsschuldenquote

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die höchste Staatsschuldenquote in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



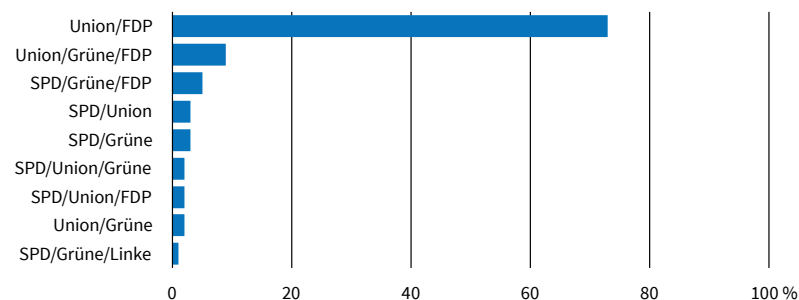
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 8

Niedrigste Staatsschuldenquote

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die niedrigste Staatsschuldenquote in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



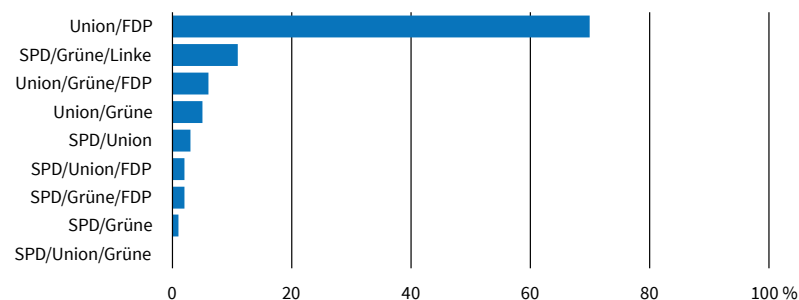
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 9

Höchste Einkommensungleichheit

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die höchste Nettoeinkommensungleichheit in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

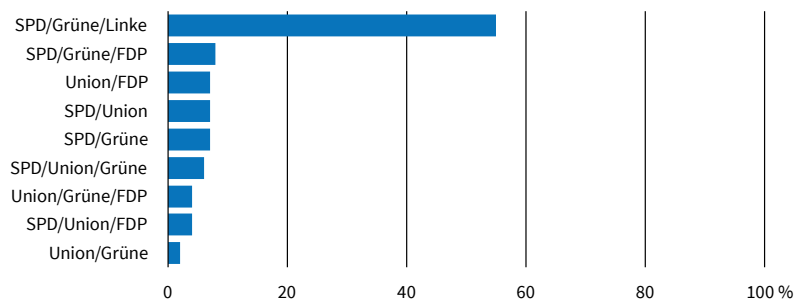
Die Erwartungen der Ökonomen zur Nettoeinkommensungleichheit am Ende der kommenden Legislaturperiode decken sich weitestgehend mit einer aktuellen Studie von Buhlmann et al. (2021). Die Umsetzung der steuer-, sozial- und familienpolitischen Vorhaben in den Wahlprogrammen der jeweiligen Parteien würde zu unterschiedlichen Entwicklungen in der Nettoeinkommensungleichheit führen. Während die Vorhaben von SPD, Grünen und Linken eher Geringverdiener entlasten würden,

³ In den deutschen Bundesländern lässt sich kein Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierungen und Besoldungsungleichheit der Beamten zeigen (Kauder et al. 2021).

Abb. 10

Niedrigste Einkommensungleichheit

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die niedrigste Nettoeinkommensungleichheit in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



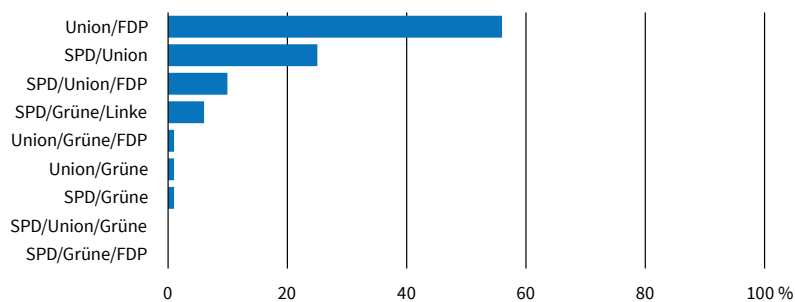
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 11

Höchste CO₂-Emissionen

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die höchsten CO₂-Emissionen in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



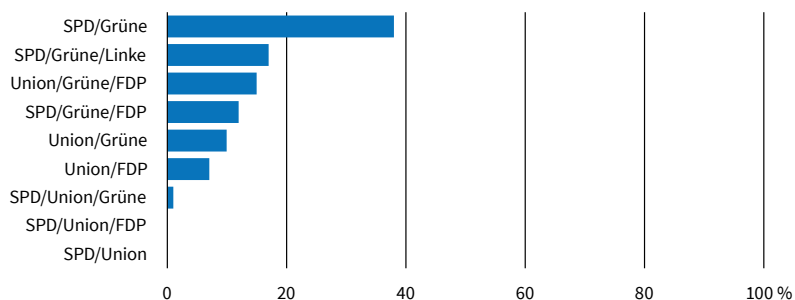
Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

Abb. 12

Niedrigste CO₂-Emissionen

Unter welcher der folgenden möglichen Koalitionen erwarten Sie die niedrigsten CO₂-Emissionen in Deutschland zum Ende der nächsten Legislaturperiode?



Quelle: Ökonomenpanel September 2021.

© ifo Institut

würden von den Plänen von Union und FDP eher obere Einkommensgruppen profitieren. Das spiegelt sich auch im Gini-Koeffizienten als Maß für Ungleichheit wider, der unter SPD, Grünen und Linke sinken würde, während er unter Union und FDP ansteigen würde.

CO₂-EMISSIONEN

Den Klimawandel zu bekämpfen und vor allem CO₂-Emissionen zu reduzieren, ist das wichtigste Po-

litikziel der Grünen – deren »frontline policy issue« (List und Sturm 2006). Einige Studien legen nahe, dass CO₂-Emissionen in Industrieländern unter linken Regierungen (auch solchen, an denen grüne Parteien als Koalitionspartner beteiligt waren) niedriger waren als unter rechten Regierungen (z.B. Neumayer 2003; Knill et al. 2010; Cheon und Urpelainen 2013; Garmann 2014; Schulze 2021). In Baden-Württemberg ist 2011 erstmalig eine grün-rote Landesregierung ins Amt gekommen. Empirische Ergebnisse zeigen nicht, dass die grün-rote Landesregierung CO₂-Emissionen reduziert hat (Potrafke und Wüthrich 2020).

Im Ökonomenpanel erwartet eine Mehrheit von 56% der Teilnehmenden unter Schwarz-Gelb die höchsten CO₂-Emissionen zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Ein Viertel der Teilnehmenden erwartet dies für die Große Koalition. Die Ampel-Koalition wird von einem Zehntel der Teilnehmenden genannt. Rot-Grün-Rot nennen 6% der Ökonominnen und Ökonomen. Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden jeweils von weniger als 2% der Ökonominnen und Ökonomen genannt.

Fast zwei Fünftel der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen erwartet unter Rot-Grün die niedrigsten CO₂-Emissionen zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Dahinter folgt Rot-Grün-Rot mit 17% der Stimmen, die Jamaika-Koalition mit 15% der Stimmen und die Ampel-Koalition mit 12% der Stimmen. Ein Zehntel der Teilnehmenden nennt Schwarz-Grün, 7% entscheiden sich für Schwarz-Gelb. Die verbleibenden Koalitionsmöglichkeiten werden jeweils von weniger als 2% der Ökonominnen und Ökonomen genannt.

In einer Analyse des DIW, die die Parteiprogramme hinsichtlich ihrer Eignung zur Erfüllung der im neuen Klimaschutzgesetz verankerten Ziele zur Emissionsreduktion bis 2030 untersucht, schneiden die Parteien unterschiedlich ab (DIWEcon 2021). Auch wenn keine der geplanten Initiativen die Kriterien voll erfüllt, liegt das Programm der Grünen vorne, gefolgt vom Programm der Linken. SPD und Union liegen gleichauf dahinter, während das Programm der FDP laut der Studie am wenigsten Potential besitzt, die gesetzten Ziele zum Klimaschutz einzuhalten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Ergebnisse legen nahe, dass die Ökonominnen und Ökonomen einen Trade-off zwischen den zwei großen Zielen – Wirtschaftswachstum mit Vollbeschäftigung auf der einen Seite und einer Reduktion der Einkommensungleichheit und CO₂-Emissionen auf der anderen Seite – sehen. Interessant sind die Ergebnisse zudem im Hinblick auf eine mögliche Ampel- oder Jamaika-Koalition. Dass diese beiden Koalitionen verhältnismäßig wenig als diejenigen Koalitionen genannt werden, unter denen sich die makroökonomischen Messgrößen besonders prägnant entwickeln werden, könnte einerseits daran liegen, dass die Politiken ei-

ner Ampel- oder Jamaika-Koalition aus heutiger Sicht schwer antizipiert werden können und von einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren abhängen.⁴ Andererseits könnte man annehmen, dass eine Ampel- oder Jamaika-Koalition aufgrund der Programmatik der beteiligten Parteien einen vergleichsweise gemäßigten Politikkurs einschlagen wird.⁵

LITERATUR

Alesina, A. (1987), »Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game«, *Quarterly Journal of Economics* 102, 651–678.

Bachmann, O., K. Gründler, N. Potrafke und R. Seiberlich (2021), »Partisan Bias in Inflation Expectations«, *Public Choice* 186, 513–536.

Bjørnskov, C. (2005), »Does Political Ideology Affect Economic Growth?«, *Public Choice* 123, 133–46.

Bjørnskov, C. (2008), »The Growth-inequality Association: Government Ideology Matters«, *Journal of Development Economics* 87, 300–308.

Blinder, A. S. und M. W. Watson (2016), »Presidents and the US Economy: An Econometric Exploration«, *American Economic Review* 106, 1015–1045.

Buhlmann, F., M. Hebsaker und S. Sieglöcher (2021), »Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 – Finanzielle Auswirkungen, Eine Berechnung für die Süddeutschen Zeitung mithilfe des Evaluationsmodells für integrierte Steuer- und Transferpolitik-Analysen (ZEW-EviSTA)«, *ZEW-Kurzexpertise* Nr. 21-05.

Boumans, D., K. Gründler, N. Potrafke und F. Ruthardt (2021), »The Global Economic Impact of Politicians: Evidence from an International Survey RCT«, CESifo Working Paper No.8833.

Burst, T., W. Krause, P. Lehman, T. Matthies, N. Merz, S. Regel, A. Volkens, B. Weißels und L. Zehnter (2020), *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR), Version 2020b*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

Cahan, D. und N. Potrafke (2021), »The Democrat-Republican Presidential Growth Gap and the Partisan Balance of the State Governments«, *Public Choice*, im Erscheinen.

Chappell, H. W. Jr. und W. R. Keech (1986), »Party Differences in Macroeconomic Policies and Outcomes«, *American Economic Review* 76, 71–74.

Cheon, A. und J. Urpelainen (2013), »How Do Competing Interest Groups Influence Environmental Policy? The Case of Renewable Electricity in Industrialized Democracies, 1989–2007«, *Political Studies* 61, 874–897.

Debus, M. (2021), »Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021«, Working Paper.

DIWEcon (2021), *Wie viel Klimaneutralität steckt in den Wahlprogrammen? Eine Studie für die Stiftung Klimaneutralität*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

⁴ Erfragt haben wir im Ökonomenpanel ausschließlich, unter welchen Koalitionen die deutlichsten Veränderungen (relativ zu den anderen Koalitionen) der Messgrößen zu erwarten ist. Quantifizieren können wir die erwarteten Unterschiede in den Messgrößen nicht.

⁵ Zur Programmatik der Parteien siehe Debus (2021).

Dorn, F. und C. Schinke (2018), »Top Income Shares in OECD Countries: The Role of Government Ideology and Globalization«, *World Economy* 41, 2491–2527.

Fair, R. (2021), »Are Stock Returns and Output Growth Higher Under Democrats?«, Working Paper.

Garmann, S. (2014), »Do Government Ideology and Fragmentation Matter for Reducing CO₂-Emissions? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Ecological Economics* 105, 1–10.

Hibbs, D. A. Jr. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review* 71, 1467–1487.

Kauder, B., B. Larin und N. Potrafke (2014), »Was bringt uns die große Koalition?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15, 88–101.

Kauder, B., M. Krause und N. Potrafke (2021), »Do Left-Wing Governments Decrease Wage Inequality among Civil Servants? Empirical Evidence from the German States«, *Public Finance Review* 49, 106–135.

Knill, C., M. Debus und S. Heichel (2010), »Do Parties Matter in Internationalised Policy Areas? The Impact of Political Parties on Environmental Policy Outputs in 18 OECD Countries, 1970–2000«, *European Journal of Political Research* 49, 301–336.

List, J. A. und D. Sturm (2006), »How Elections Matter: Theory and Evidence from Environmental Policy«, *Quarterly Journal of Economics* 121, 1249–1281.

Moessinger, M.-D. (2014), »Do Personal Characteristics of Finance Ministers Affect the Development of Public Debt?«, *Public Choice* 161, 183–207.

Neumayer, E. (2003), »Are Left-Wing Party Strength and Corporatism Good for the Environment? Evidence from Panel Analysis of Air Pollution in OECD Countries«, *Ecological Economics* 45, 203–220.

Pástor, L. und P. Veronesi (2020), »Political Cycles and Stock Returns«, *Journal of Political Economy* 128, 4011–4045.

Persson, T. und L. E. O. Svensson (1989), »Why a Stubborn Conservative Would Run a Deficit: Policy with Time-Inconsistent Preferences«, *Quarterly Journal of Economics* 104, 325–345.

Potrafke, N. (2009), *Konvergenz in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik?* LIT Verlag, Münster.

Potrafke, N. (2012a), »Political Cycles and Economic Performance in OECD Countries: Empirical Evidence from 1951–2006«, *Public Choice* 150, 155–179.

Potrafke, N. (2012b), »Is German Domestic Social Policy Politically Controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.

Potrafke, N. (2017), »Partisan Politics: The Empirical Evidence from OECD Panel Studies«, *Journal of Comparative Economics* 45, 712–750.

Potrafke, N. (2018), »Government Ideology and Economic Policy-Making in the United States—A Survey«, *Public Choice* 174, 145–207.

Potrafke, N., und K. Wüthrich (2020), »Green Governments«, CESifo Working Paper 8726.

Scheve, K. und D. Stavasage (2009), »Institutions, Partisanship, and Inequality in the Long Run«, *World Politics* 61, 215–253.

Schulze, K. (2021), »Policy Characteristics, Electoral Cycles, and the Partisan Politics of Climate Change«, *Global Environmental Politics* 21, 44–72.